Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Begr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,90 G.-M. einschl. Bestellgeld b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,50 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offerten-Annahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . . .

Nr. 212 — Olpe, Mittwoch, den 10. September 1924 — 84. Jahrg.

Eine Kultusdebatte in Preußen.

Deutschnationale Regierungsansprüche. — Italienische Finanzwirtschaft. — Der Achtstundentag vor einer internationalen Konferenz.

Das Dawes-Gutachten.

)*(Olpe, 9. Sept.

2.

General Dawes, der die Ausarbeitung des Gutachtens geleitet und ihm für alle Zeit den Namen gegeben hat, ist 1865 im Staate Ohio geboren. Er studierte Ingenieurwissenschaften und Jura und wurde nach kurzer Advokatentätigkeit juristischer Beirat von industriellen Unternehmungen. Später gründete er selbst ganz bedeutende gewerbliche Gesellschaften. Gleichzeitig war er auch in der Staatsverwaltung tätig. Von 1897 bis 1902 amtierte er als Kontrolleur des Schatzamtes, 1902 wurde er Senator von Illinois. Im Weltkriege regelte er die Verproviantierung der alliierten Armeen und bekam auf Grund dieser Tätigkeit den Generalsrang. Soldat ist er nicht gewesen. Nach Beendigung des Krieges wurde Dawes erster Direktor der Staatshaushalts-Verwaltung, kurz darauf Sparkommissar. Als solcher ersparte er dem amerikanischen Staatshaushalt alljährlich die Summe von anderthalb Milliarden Dollar. — Schriftstellerisch ist General Dawes hervorgetreten durch sein Aufsehen erregendes Buch „Das Bankfystem in den Vereinigten Staaten." — — Mit der Ausarbeitung des Gutachtens ist also ein Mann betraut worden, der auf allen Hauptgebieten des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens als „Sachverständiger" gelten kann.

Auf die Abfassung des Gutachtens hat man vier Monate lang eingehendste Arbeit verwendet. Es zerfällt in drei Teile: **Kurzer Inhalt des 1. Teiles.** Der geschäftliche, unpolitische Charakter des Gutachtens wird betont, der Grundsatz von Treu und Glauben aufgestellt und Deutschlands Wiederaufbau als Teil des europäischen Wiederaufbaues aufgefaßt. Darum wird die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands verlangt. Etwaige militärische Kontrollen dürfen die freie Entfaltung wirtschaftlicher Tätigkeit nicht einengen. Eine andere als die im Plane vorgesehene wirtschaftliche Kontrolle ist verboten. Die Währungsstabilisierung und Haushaltsbalancierung wird betont. Dann folgt die Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, und eine zeitweilige Befreiung des Staatshaushaltes von Reparationslasten wird vorgesehen. Es werden die Hilfsquellen für Deutschlands Zahlungen angegeben: Steuern, Eisenbahn, Industrie; eine Uebersicht über den Gesamtzahlungsplan in den kommenden Jahren wird aufgestellt und dabei ausdrücklich erklärt, daß Leistungen anderer Art nicht auferlegt werden dürfen. Als Sicherheit soll neben ausgedehnten Kontrolleinrichtungen die Verpfändung der Steuererträge aus Alkohol, Tabak, Bier, Zucker und Zöllen dienen. Der Plan ist unteilbar und seine Ausführung abhängig von Deutschland wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Ziel des Planes soll sein: Ermöglichung hoher Ueberweisungen (Transferkomitee) an Deutschlands Gläubiger und Erleichterung eines späteren endgültigen Abkommens über Reparationsfragen.

Der 2. Teil enthält ergänzende Erörterungen über Währungslage, das Maß der Belastung, Untersuchung des deutschen Staatshaushalts für 1924-25 sowie Befugnisse des Kontrollkommissars für die Steuer- und Zolleingänge.

Der 3. Teil bietet in 9 Anlagen ganz genaue Darlegungen über Einzelfragen.

Das Dawes-Gutachten will den Versailler Vertrag nicht aus der Welt schaffen, aber es will — und das muß besonders betont werden — an die Stelle des Tributdiktates den Grundsatz der Leistungsfähigkeit setzen.

Am meisten wird es unsere Leser wohl interessieren, wie hoch die vorgesehene jährliche Belastung Deutschlands sein soll.

Deutschland hat zu zahlen (in Millionen Mark):

im Jahre	Aus Eisenbahnobligationen	aus Verkehrssteuern	aus Industrieobligationen	aus dem Haushalt	im ganzen
1924/25	200	—	—	—	200
1925/26	595	—	125	—	720
1926/27	550	290	250	110	1200
1927/28	660	290	300	500	1750
1928 29 u. die folgend. Jahre	660	290	300	1250	2500

Außerdem müssen im Jahre 1924-25 den Gläubigern Deutschlands Sachlieferungen in Höhe von 800 Millionen zufließen; die liefernden Werke erhalten aber diese Werte aus der bekannten 800 Millionen-Anleihe vergütet. — Im Jahre 1925—26 sind noch zu leisten 500 Millionen, welche formell mit 250 Mill. als Verkehrssteuern und mit 250 Mill. aus dem Haushalt erhoben worden, in Wirklichkeit aber aus dem Erlös der Eisenbahn-Vorzugsaktien stammen.

Vom Völkerbund.

WTB London, 8. Sept. Der Genfer Sonderberichterstatter des Daily Chronicle schreibt, man sei über einen außerordentlich ernste Krise hinweggekommen, deren Fortdauer für den Völkerbund verhängnisvoll gewesen wäre und die höchstwahrscheinlich die Entente zerrissen hätte. Der Pariser Sonderberichterstatter der Times sagt, die französische internationale Politik könnte von britischen Beobachtern nur begriffen werden, wenn sie sich klar machten, daß sie der Furcht und dem Mißtrauen Deutschland gegenüber entspringe. Nach französischer Auffassung seien Schiedsgericht und Abrüstung nicht geeignet, um die Drohungen Deutschlands zu beseitigen. Morning Post sagt in einem Leitartikel, die Ernte in Genf sei nicht sehr reif. Der Genfer Sonderberichterstatter der Morning Post schreibt, an der Untersuchung der zur Annahme gelangten Resolution erkenne jedermann, daß alles, was geschehen sei, darin bestehe, daß man durch Ueberweisung der gesamten Probleme an die Kommissionen aller Entscheidungen ausgewichen sei.

WTB Paris, 8. Sept. Herriot hat, wie bereits angekündigt, gestern abend nach seiner Rückkehr aus Lyon die Vertreter der französischen Presse empfangen und ihnen seine Befriedigung über den Abschluß der Genfer Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Er hält seine Aufgabe in Genf für beendet. Er sei der Ansicht, daß eine verfrühte Einberufung einer internationalen Entwaffnungskonferenz, weit davon entfernt Frieden zu schaffen, gewisse Gesichtspunkte sogar verdunkeln könnte. Auch sei er der Ansicht, daß der Völkerbund allein qualifiziert sei, eine derartige Konferenz einzuberufen.

WTB Paris, 8. Sept. Der Genfer Berichterstatter des Petit Parisien hatte eine Unterredung mit Benesch, in der dieser erklärte, daß nach Ablauf einer gewissen Zeit jedermann sich Rechenschaft darüber ablegen werde, daß man kein lebensfähiges Sicherheitssystem ausarbeiten könne, ohne sowohl die wirtschaftlichen und finanziellen, als auch die militärischen Maßnahmen zu berücksichtigen. Es würde noch viel Mühe kosten, die Zuständigkeit des internationalen Schiedsgerichtshofes festzusetzen. Er sei Anhänger einer so weit wie irgend möglich gehenden Schiedsgerichtsbarkeit für alle Fragen. Benesch hält das in Genf erzielte Ergebnis für befriedigend. Er sei sich mit Herriot darüber vollkommen einig, daß der Völkerbund jetzt über den toten Punkt hinaus sei.

WTB Genf, 8. Sept. Eine in der Berliner Presse erschienene Meldung, wonach Amerika demnächst in den Völkerbund eintreten gedenkt, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als völlig unbegründet bezeichnet. Es hat sich in der Stellungnahme Amerikas gegenüber dem Völkerbunde nichts geändert, was eine derartige Vermutung rechtfertigen könnte.

WTB Genf, 10. Sept. In der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung erklärte Henderson, daß in **England die wirksame Tätigkeit des Völkerbundes immer mehr Anerkennung finde.** Er hob besonders die große Wirksamkeit des internationalen ständigen Gerichtshofes und des internationalen Arbeitsamtes hervor. Der Redner bedauerte, daß noch viele Staaten das internationale Washingtoner Uebereinkommen betreffend den Achtstundentag nicht unterzeichnet hätten. Der Völkerbund möge nie vergessen, daß die Regelung sozialer Fragen zu seinem Gebiet gehört und daß er diese ernste Pflicht nicht vergessen dürfe, ohne das Zutrauen der großen Volksmassen zu verlieren. Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

Deutschland.

Berlin, 9. Sept. Dem Lokalanzeiger zufolge veranstaltete der Verband heimattreuer Oberschlesier ein Fahnenweihefest der Ortsgruppe West-Berlin, bei dem u. a. der Oberpräsident von Oberschlesien, Dr. Proska zugegen war. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der erneut darauf hingewiesen wurde, daß **die Zustände in Polnisch-Oberschlesien** durch die unsinnige Grenzziehung **immerunhaltbarer,** die Leiden der oberschlesischen Bevölkerung von Tag zu Tag größer werden und **verlangt, daß Polnisch-Oberschlesien Deutschland wieder angegliedert wird.**

WTB Berlin, 9. Sept. Die Montagspost will erfahren haben, daß der französische Botschafter auf dem Auswärtigen Amt vorgesprochen habe, wo er den Staatssekretär Frhr. von Maltzahn, der während der Beurlaubung des Außenminister Dr. Stresemann die Geschäfte leitet, auftragsgemäß darauf aufmerksam gemacht habe, **daß eine amtliche Notifizierung der deutschen Kundgebung, über die Kriegsschuldfrage** auf das französische Volk und auf die politischen führenden **Kreise einen unangenehmen Eindruck** machen würde. Die Erklärung des Botschafters sei, wie das Blatt meldet, **zur Kenntnis genommen worden.**

WTB Berlin, 9. Sept. Im Reichstag tagte gestern eine von über hundert Vertretern aus allen Teilen des Reiches besuchte Hauptversammlung der nationalliberalen Reichspartei. Die zustimmende Haltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Marxtzky zum Londoner Abkommen und sein Eintreten für die Bildung eines Bürgerblocks fand die einmütige Billigung.

WTB Berlin, 9. Sept. Nach einer Meldung der Montagspost aus Stettin wurde bei der gestrigen Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Pommern, eine Entschließung angenommen, in der die Abplitterung eines Teiles der Reichstagsfraktion zu Gunsten der Dawesgesetze aufs schärfste verurteilt und die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die Fraktionsleitung die Spaltung der Fraktion unter allen Umständen hätte vermeiden müssen.

Malmedy, 9. Sept. Der Malmedyer Stadtrat hat **beim Gouvernement Eupen-Malmedy** die folgenden Wünsche der Malmedyer Bevölkerung vorgetragen: Die Stadt Malmedy spricht sich durch Vermittlung ihres Stadtrates für die Bildung eines neuen Arrondissements aus, welches der Provinz Lüttich angegliedert werden und aus den drei Kantonen Eupen, Malmedy und St. Vith bestehen soll. Der Stadtrat kann rechtfertigte Bildung eines Arrondissements aus den drei Kantonen zuzustellen. 1. Die Beibehaltung des jetzt noch umfang, Bedingungen für die an sich gedachten Distriktkommissariats in Malmedy, 2. Errichtung einer Hypothekenbewahrung in Malmedy, 3. Errichtung eines Gerichts erster Instanz in Malmedy.

Vereinfachung unseres Steuerrechts.

Soeben ist ein Gutachten der Verwaltungsbaukommission über die Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiet der **direkten Steuern** erschienen. Die Denkschrift beschäftigt sich in ihrem 1. Teil mit der Frage der Finanzhoheit von Reich, Ländern und Gemeinden und kommt auf Grund eingehender Würdigung sämtlicher mitsprechender Umstände zu dem Ergebnis, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt **unbedingt an einer einheitlichen Steuergesetzgebung und -verwaltung durch das Reich festzuhalten** ist. Des weiteren unterzieht das Gutachten die Steuergesetzgebung der letzten Jahre einer Kritik, wobei es die Hauptursache für unser verwickeltes Steuerrecht einmal in den Begleiterscheinungen der Inflation, ferner aber auch darin erblickt, **daß die Steuergesetze zu kniffig** geworden wären und den Finanzbehörden eine **nicht zu bewältigende Massenarbeit** gebracht hätten. Als wirksame Abhilfe empfiehlt die Verwaltungsabbaukommission **einfache Gesetze,** die nur die Grundsätze des Steuerrechtes festlegen und der Lokalinstanz für den Einzelfall mehr als bisher freie Hand lassen, sowie Entlastung der Finanzämter von der Massenarbeit durch stärkere **Heranziehung von Landschätzungsausschüssen bei Einschränkung der Steuererklärungen** und der Individualveranlagung. Das Gutachten ist zum Selbstkostenpreis durch das Büro der Verwaltungsabbaukommission Berlin N. 9, Leipzigerplatz 13 zu beziehen.

Palastrevolution in der Zentrumspartei?

Von der Reichsleitung der Deutschen Zentrumspartei wird folgendes mitgeteilt:

Der Berliner Lokalanzeiger bringt in seiner Morgenausgabe vom 6. September eine Nachricht über „Uebhafte Auseinandersetzungen" bei der letzten Sitzung des Reichsparteivorstandes in Hannover und auch auf dem Katholikentag. Der Inhalt dieser Auseinandersetzung soll das Bemühen des linken Flügels der Partei unter Führung des Abgeordneten Dr. Wirth gewesen sein, dem „Abgeordneten Stegerwald den Austritt aus der Partei nahe zu legen."

Zu dieser Nachricht muß folgendes festgestellt werden:

1) Die Sitzung des Reichsparteivorstandes ergab die völlig einmütige Beurteilung der politischen Lage. Gerade der Abgeordnete Stegerwald ist es gewesen, der diese eindeutige Entschließung des Reichsparteivorstandes der Sitzung formuliert vorgelegt hat.

2) Die Katholikentage selbst sind eine rein religiöse Veranstaltung. Parteipolitische Erörterungen sind deshalb auch in diesem Jahr nicht Gegenstand der Beratung des Katholikentages in Hannover gewesen.

Die deutschnationalen Regierungsansprüche.

Die Berliner Redaktion schreibt:

Unsere Politik, die Zentrumspolitik, hat das Werk von London vollbracht. „Erfüllungs"-Politik war für uns immer „Befreiungs"-Politik. Es könnte uns heute eine ganz eigenartige Genugtuung bereiten, daß gerade aus den Kreisen, die damals, vielfach bewußt und absichtlich den Begriff der „Erfüllungs"-Politik diskreditierten und uns deshalb mit den schärfsten Angriffen bedachten, nunmehr selber als die begeistertsten Lobredner auf diese gleiche Politik erwachen. Wir brauchen sa nur zu erinnern an den deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten Bazille, der dieser Tage sagte:

Jetzt zum ersten Mal nach zehn Jahren zeigt sich durch Annahme des Londoner Abkommens die Möglichkeit zu einer Wendung . . . Das Gefühl der nationalen Ehre mußte überwunden werden. . . Der Staatsmann hat eine ganz andere Aufgabe als der Offizier. . . Uns beseelt eine leise Ahnung, daß die entwürdigende Sklaverei bald weichen werde."

Und all die 48 deutschnationalen Jasager begründen mit den gleichen Argumenten, die wir seit Jahr und Tag geltend gemacht haben, die aber seit Jahr und Tag auf das Heftigste und oft in einer geradezu niederschmetternd gehässigen Form bekämpft wurden, ihre jetzige Stellungnahme.

Wir begrüßen diesen Fortschritt, weil er vor aller Welt eine **Rechtfertigung unserer Befreiungspolitik** für Land und Volk bedeutet. Und wir würden es begrüßt haben, wenn die Einsicht der Hälfte der Deutschnationalen sich auch auf die andere Hälfte übertragen hätte. Nun aber kommen die Deutschnationalen — und die lautesten Schreier sind **diejenigen,** die **nein** gesagt haben, — und **pochen an die Regierungspforte,** pochen am lautesten sogar an die Reichskanzlertür. Aber da müssen wir doch sagen: **so haben wir nicht gewettet.** Selbstverständlich würden wir es freudig als einen Fortschritt in der politischen Entwicklung empfunden haben, wenn die ganze deutschnationale Reichstagsfraktion eine **entschlossene Umkehr** in ihrer bisherigen, den staatspolitischen Interessen unseres Landes und Volkes vielfach so abträglichen Stellung vollzogen hätten. Es geht aber nicht an, daß die Hälfte der deutschnationalen Partei, und auch diese nur mit einem Fuß, auf dem Boden unserer Politik steht und die andere Hälfte von außen her dieses selbe Fundament wieder zu untergraben sucht. Hier muß eine klare und deutliche Entscheidung getroffen werden. Daß nur die **eine Hälfte** der deutschnationalen Partei zur Uebernahme der Verantwortlichkeit sich aufschwingen könnte, rechtfertigt noch nicht, daß nun die **ganze** Fraktion unmittelbar an den Regierungsgeschäften beteiligt sind. Das wäre umso weniger verständlich, als gerade diejenigen die Führung beanspruchen, die auch in dem entscheidenden Augenblick trotz allem **gegen** die Londoner Abmachungen, also gegen die Gesamtpolitik der Regierung gestimmt haben. Und noch grotesker wird die Angelegenheit dadurch, daß selbst die 48 Jasager dieses Ja nur bei dem Eisenbahngesetz ausgesprochen haben, daß aber auch **sie gegen alle sonstigen Gesetze und gegen alle sonstigen Londoner Vereinbarungen gestimmt haben.**

Wir haben gewiß kein Interesse daran, den Gärungsprozeß, in dem sich die Deutschnationalen gegenwärtig befinden, irgendwie zu stören oder zu beeinflussen. Aber wir müssen doch klar und deutlich die Linie der Politik für die nächste Zeit aufzeigen. Eine Partei, die halb so und halb so sich einstellt, deren eine Hälfte das bekämpft, was die andere für notwendig hält, gibt keine Gewähr für eine ersprießliche und stetige Politik. **Eine solche Partei** hat aber auch **keinen Anspruch** an Regierungsbeteiligung, am allerwenigsten auf Regierungsführung. Es ist ganz zutreffend, was ein völkisches Blatt den Deutschnationalen vorrechnete, daß die Jasager und die Neinsager sich gegenseitig aufheben, daß dann nur noch 6 Deutschnationalen übrig blieben, von denen drei erkrankt waren, und für **die übrig bleibenden drei, die sich überhaupt nicht entschieden haben,** verlangen die Deutschnationalen nicht weniger als 4 Ministersessel, darunter auch noch den Reichskanzlerposten.

Die Deutschnationalen werden ihre Machtansprüche noch etwas revidieren müssen.

„Hier stehe ich, ich kann auch anders!"

Unsere Berliner Redaktion schreibt uns:

Der Führer der Deutschnationalen, Abgeordneter Hergt, hat bekanntlich im Reichstag bei seiner schroffen Ablehnungsrede gegen die Londoner Vereinbarungen gesagt: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!" Nun stellt die „Hilfe" fest, daß derselbe Hergt, der bis zur letzten Minute den Beschluß seiner Fraktion geheimzuhalten wußte schon 3 Tage vorher einem in Berlin weilenden amerikanischen Bankier erklärt habe, die Annahme der Gesetze sei gesichert! Das muß also nur wenige Stunden vorher vorsichgegangen sein, nachdem Hergt den obenerwähnten Ausspruch getan hat. Und wenn Hergt diese Sicherung der Gesetze noch dazu einem Bankier — man versteht jetzt mancherlei, was zwischen der Hergtrede und der Entscheidung in der Börse vorgegangen ist! — mitteilte, so muß er schon gewußt haben welches Manöver seine eigene Fraktion, ohne deren Mitwirkung ja das Zustandekommen dieser Vereinbarungen gar nicht möglich war, in Szene setzen wollte.

Fürwahr, die Haltung der Deutschnationalen in dieser Frage wird immer peinlicher.

Polizeifragen in Preußen.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages behandelte, so schreibt man uns dieser Tage, den Polizeietat.

Abgeordneter **Stieler** (Zentrum) verbreitet sich ausführlich über die großen Fragen des Polizeiwesens. Die preußische Polizei steht nach wie vor unter schwerem Druck. Noch lastet die ungelöste Sicherheits- und Entwaffnungsfrage über dem Haupte der Schutzpolizei. Die Staaten, die von der Durchführung des Dawes-Gutachtens Vorteile erreichen wollten, sollten sich darüber klar sein, daß eine Ausführung der Londoner Abmachungen nur dann möglich sei, wenn im Lande selbst, besonders aber in dem in-

dustriellen Preußen, Ruhe, Sicherheit und Ordnung herrschen. Dazu sei erforderlich eine tüchtige, zufriedene, gutausgerüstete und mit allen Hilfsmitteln versehene Polizei. Preußen kann zur Zeit geschlossene Polizeiverbände nicht entbehren, wie dies ja auch selbst die Besatzungsmächte in ihrer Forderung nach Aufstellung von sogenannten Karabiner-Hundertschaften im besetzten Gebiet bestätigt haben. — Die Besoldungsordnung des Jahres 1920 ist den Gefahren und Verantwortungen des Polizeiberufes nicht gerecht geworden. Eine Korrektur ist bei dem nächsten Besoldungsgesetz dringend erforderlich. — Schwere Sorgen seelischer und materieller Art lasten über der ausgewiesenen Schutzpolizei. Vielfach ist das Wort vom Danke des Vaterlandes ein Wort geblieben. —

Minister Severing ging auf die Fragen des Abgeordneten Stieler eingehend ein. Die Frage der Schutzpolizei sei bei den Londoner Verhandlungen nicht zur Sprache gekommen. Solange im politischen Leben Deutschlands die Gefahren von Links- und Rechtsputschen noch nicht beseitigt seien, könnte auf geschlossene Polizeiverbände unmöglich verzichtet werden. Er hoffe, daß auch die interalliierten Mächte diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen werden. Die Verluste der Polizei, einschließlich der Landjäger, an Toten und Verwundeten belaufen sich vom Jahre 1920 bis Mitte dieses Jahres auf 217 Tote und 714 verwundete Beamte. Er sei dankbar für die Unterstützung der Wünsche auf eine bessere Besoldung der Polizeibeamten. Deutschland habe keinen Anlaß, russische Verhältnisse herbeizuführen. Die Wiedereinführung einer irgendwie gearteten allgemeinen Wehrpflicht würde zweifellos das Verschwinden der zahlreichen Vaterländischen Verbände herbeiführen. Würde Deutschland dadurch wehrhafter so könnte er dies nur begrüßen.

Eine Kultusdebatte in Preußen.

WTB **Berlin**, 8. Sept. **Kulturhaushalt im Hauptausschuß des preußischen Landtages.** Der Hauptausschuß des preußischen Landtages begann am Montag die allgemeine Aussprache zum Kulturhaushalt. Berichterstatter, Abgeordneter Schuster (DVP.) gab einen Ueberblick über die Zahlen des Etats. Der Anteil der Aufwendungen des Staates betrage 16 Prozent gegen rund 12 Prozent in den früheren Jahren. Diese Steigerung bedeutet aber keineswegs eine vermehrte Pflege der kulturellen Bedürfnisse, sondern lediglich eine Verschiebung in der Lastenbeteiligung zwischen Staat und Gemeinden.

Der Berichterstatter für geistige Verwaltung Abgeordneter Dr. Gottschalk (Dem.) weist darauf hin, daß der Staat im wesentlichen auf seine Rechte verzichtet, die Pflichten aber beibehalten werde.

Abg. Dr. Lauscher (Z.) wendet sich gegen die Imparität. Die meisten Kadettenanstalten seien zu solchen Anstalten ausgedehnt worden, bei denen die evangelischen Elemente bevorzugt werden. Im Gegensatz dazu wolle man in der alten Kadettenanstalt Bensberg bei Köln nicht gestatten, daß dort eine Jesuitenanstalt eingerichtet würde. Den Privatschulen gegenüber verfahre der Minister ungerecht. Er lasse ihnen nicht das Notwendige zukommen. Die Wiederaufbauschulen hätten viel mehr konfessionell gestaltet werden sollen.

Abg. Oelze (DN.) erklärt, man habe bei der Reform die Einheit des Schulwesens zerstört. Erfreulich sei die Festhaltung des Ministers an der neunjährigen Dauer der Lehranstalten. Begabten Kindern müßte ermöglicht werden, die Berufsschule bereits in drei Jahren zu durchlaufen. Zustände wie sie in der weltlichen Schule in Magdeburg herrschen, müßten unmöglich gemacht werden. Erforderlich sei eine stärkere Betonung des nationalen Gedankens in unserer Erziehung. Die Jugend müßte zum bewußten Deutschtum erzogen werden. Die Kriegsschuldlüge, sowie die Hauptbestimmungen des Vertrages von Versailles und des Dawesgutachtens müßten in Schulen und höheren Schulen eingehend behandelt werden.

Dinge, aus denen wir lernen können.

Von preußischer parlamentarischer Seite schreibt man uns:

Die Deutschnationalen schickten im weiteren Verlauf der von uns an dieser Stelle bereits erwähnten Verhandlungen im Preußischen Hauptausschuß Herrn von Dyrander vor; also sollte es sich vor allen Dingen um die Personalpolitik handeln und dann Herr Milberg. Es blieb aber auch heute von den angeblichen „Verfehlungen" nichts übrig, nachdem die Staatsregierung aus ihren Akten gesprochen hatte. Die Deutschnationalen verlangten wie gewöhnlich ein geschlossenes unpolitisches Beamtentum", und daß eine Verteilung der Beamtenstellen, besonders der Regierungspräsidien aufhören müsse. Und diese „Aushenseiter" seien ein Unglück. Der Volksparteiler Dr. von Campe konnte das nicht einsehen. Uebrigens seien Außenseiter auch durchaus am Platze, wenn man, wie er und die Volkspartei, auf dem Standpunkt ständen, daß gerade die Verwaltungsbeamten sich möglichst aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutieren müßten.

Das Zentrum vertrat seinen Standpunkt durch Herrn Abgeordneten Dr. Heß. Das Außenseitertum verschwinde mit der Zeit von selbst, wenn überall der zünftig vorgebildete Nachwuchs vorhanden sei, und dazu werde es hoffentlich kommen. Landräte hätten übrigens nicht nur Kenntnis nötig, sondern auch gefunden Menschenverstand und die Fähigkeit, mit Menschen umzugehen. Früher sei der Beamtenkörper freilich „einheitlich geschlossen" gewesen, nämlich **politisch konservativ** geschlossen. Auch eine Verteilung der leitenden Beamtenstellen sei früher nicht in Frage gekommen, weil diese Stellen fast ausschließlich nur aus dem evangelisch-konservativen Lager genommen worden seien.. Der im Rheinland gewählte Abgeordnete von Dryanderäußerte dann schwerste Bedenken dagegen, daß anscheinend das Rheinland zu einer bevorzugten Domänen für Beamte gemacht werden solle, die selbst Rheinländer seien. Der Minister Severing erklärte ihm daraufhin, er halte es allerdings für richtig, wenn der Westen nicht wieder das Gefühl bekomme, als sollte er, wie in früheren Zeiten, von **Berlin aus bevormundet** werden. Es wäre vielmehr richtiger, wenn der Westen an seiner eigenen Verwaltung auch in hervorragendem Maße durch seine eigenen Söhne beteiligt werde.

Herr Dr. Heß gab des weiteren seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß **Herr von Dyrander Beklemmungen** über die angeblich **beabsichtigte Einrichtung einer preußischen Gesandschaft beim Vatikan** äußern zu müssen für gut befunden habe.. Ob er denn gar **kein Verständnis** habe für die hervorragende **politische Bedeutung des Papsttums** gerade in unserer Zeit? Herr Dr Heß sei zwar nicht darüber orientiert, daß und ob neben der deutschen Gesandtschaft auch eine preußische beim Vatikan errichtet werden solle. Käme es dazu, so könne man sich nur freuen über einen solchen Akt politischer Klugheit. Wenn zudem von der Rechten abfällige Bemerkungen über die **Idee des Pazifismus** gemacht worden seien, so mache er darauf aufmerksam, daß **Pazifismus im Sinne der päpstlichen Kundgebungen** über die Völkerverständigung, über die auch der Nuntius Paccelli soeben in Hannover noch so herrliche Worte gefunden habe, **Gemeingut aller guten Katholiken sei.** Herr Dr. Heß bemerkte zur **Flaggenfrage**, daß es kaum etwas bedauerlicheres in Deutschland gebe, als diese Streitfrage. Er sehe aber nach Lage der Sache zur Zeit keine andere Möglichkeit, als daß die durch die letzte Verfassung geschaffene Flagge Schwarz-rot-gold auch von allen anerkannt und **respektiert** würde. Des weiteren lehnte er den von der Rechtin auch diesmal wieder in schärfster Form vorgetragenen **Antisemitismus** für das Zentrum grundsätzlich ab. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen sei es sinnlos, das Judentum mit Gewalt bekämpfen zu wollen. Ebenso falsch sei es, so widerwärtige Typen wie Scholem oder Katz, dem Judentum als solchem an die Rockschöße zu hängen. Es sei auch falsch von der Rechten, den **Verfassungstag** als Nationalfeiertag zu boykottieren, weil es keine Möglichkeit gebe, sich auf einen andern Tag zu einigen. Die Staatsvernunft sollte auch die Rechte veranlassen, ihren Widerstand aufzugeben. Unter stärkstem Beifall sämtlicher Parteien vertrat Herr Dr. Heß in der Frage der **ausgewiesenen Beamten** den Standpunkt, alle ausgewiesenen Beamten müssen zurück, und zwar auf die Stelle, die sie verlassen mußten. Das entspricht dem Sinn der Londoner Verhandlungen. Jede andere Regelung würde den Londoner Abmachungen zuwiderlaufen. Das Mißverhältnis, das jetzt in der Beförderung der **juristischen Verwaltungsbeamten** gegenüber den Technikern bestehe, müsse beseitigt werden. Die Verwaltungsjuristen kämen jetzt in der Tat zu kurz. Nicht aber dürfen die **technischen Kreisbeamten** (Medizinalrat, Schulrat, Tierarzt) dem Landrat beigeordnet werden. Sie müßten ihre volle Selbständigkeit behalten.

Rhein und Ruhr

WTB **Paris**, 9. Sept. Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist allen im neubesetzten Gebiet und im Brückenkopf Düsseldorf wohnenden Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden, mit Ausnahme von sechs Personen und zwar Regierungspräsident Grützner-Düsseldorf, Landrat Schoene-Essen, Polizeipräsident Niedermeyer-Essen, Bürgermeister Hamm-Recklinghausen, Polizeiinspektor Reisenrath-Herne und Polizeikommissar Porath-Wanne.

WTB **Düsseldorf**, 7. Sept. **Sämtlichen französischen Bahnhofswirten** die einen erheblichen Teil der Regiebahnhöfe bei Einsetzung des passiven Widerstandes in Pacht genommen hatten, wurde gekündigt.

WTB **Speyer**, 9. Sept. Der Regierungspräsident der Pfalz Dr. Matteus, hat heute sein Amt wieder angetreten, nachdem seine Ausweisung von der Rheinlandskommission zurückgenommen worden ist.

WTB **Berlin**, 9. Sept. Dem Vernehmen nach wird wie der leitende Zollausschuß der Rheinlandskommission mitteilt, an der Binnenzollgrenze kein Zoll mehr erhoben für die aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet und in umgekehrter Richtung versandten Pakete. In der Zollbehandlung der Auslandspakete tritt im besetzten Gebiet eine Aenderung nicht ein.

WTB **Mainz**, 9. Sept. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist gestern eine Verfügung des kommandierenden Generals der Rheinarmee, Degoutte, an die französischen Divisionsgenerale ergangen, wonach die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

Der Abbau der französischen Zollverwaltung und Eisenbahnregie in Mainz.

WTB **Mainz**, 9. Sept. Während bisher nur wenige Zollbeamte abgebaut wurden, ist jetzt fast der gesamten Beamtenschaft des französischen Hauptzollamtes Mainz zum 30. September gekündigt worden. Ein kleiner Rest bleibt zur Abwicklung und Abrechnung zurück. Ebenso sind bei der Eisenbahnregie Kündigungen in größtem Umfange erfolgt, welche sich aber nur auf solche Angestellte beziehen, die nicht deutsche Bahnbeamte waren. Ueber die Verwendung der vielen von Zoll und Regie bisher benutzten Gebäude ist noch nichts bekannt.

Ein Strom von Fremden Frankfurtern und anderen „unbesetzten" Gästen ergoß sich heute nachmittag infolge der Verkehrserleichterungen über Mainz und Umgegend. Die Bahnhöfe waren aufs stärkste in Anspruch genommen.

Ausland

Die fascistische Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Rom, Anfang September 1924

Der italienische Finanzminister de **Stefani** hat vor seiner Abreise nach London in der „Gazzetta Ufficiale" eine übersicht über die endgültigen Ergebnisse der italienischen Finanzwirtschaft bis zum 30. Juli dieses Jahres veröffentlicht. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, daß die Einnahmen des italienischen Staates in den beiden letzten Rechnungsjahren auf 19 Milliarden 89 Millionen Lire und die Ausgaben auf 19 Milliarden 798 Millionen Lire gestiegen sind. Das Defizit des letzten Rechnungsjahres ist daher vom Finanzminister auf 619 Millionen Lire festgelegt worden. Da Finanzminister de Stefani beim Antritt seines Amtes im Jahre 1922 ein Defizit von 2816 Millionen im Staatshaushalt angetroffen hatte, kündigte er damals gleich ein doppeltes Programm: **Sparsamkeit** und **Erhöhung der Steuereinnahmen.** Während sein Sparsamkeitsprogramm nicht ausgeführt worden ist, sind auf anderer Seite die Ausgaben von 18 auf ungefähr 20 Milliarden Lire gestiegen. Man kann auch nicht behaupten, daß die von ihm angekündigte Steuerpolitik wirksame Ergebnisse erzielt hat, da die gesamten Steuereinnahmen lediglich von 15,763 Mill. Lire, d. h. um knappe drei Milliarden 326 Millionen Lire gestiegen sind. Diese Erhöhung der Steuereinnahmen um 3,326 Mill. Lire hätte nicht nur das Gleichgewicht des Staatshaushaltes bewirken, sondern auch noch zu beträchtlichen Vortragungen im Haushalt dienen müssen. Im Gegenteil aber sind die Ausgaben des Staates derartig gestiegen, daß sie die die Mehreinnahme aus den Steuern vollständig geschluckt haben.

Das Defizit ist also bei weitem höher als die von de Stefani angegebene Summe von ungefähr einAchtel Milliarden Lire, und zwar, weil in dieser Haushaltsrechnung sogar schon Einnahmen eingestellt worden sind, die erst in den folgenden Haushaltsrechnungen einkommen werden. Wen man weiß, daß auf diese Weise bereits 16 Milliarden vorgerechnet sind, liegt es auf der Hand, daß das Defizit noch weit umfangreicher sein muß

Es ist **äußerst bemerkenswert**, daß bei der Aufstellung des italienischen Staatshaushalts durchaus die Neigung vogeherrscht hat, **über die Außenschuld des Staates hinwegzugehen.** In den leitenden fascistischen Kreisen herrscht nämlich in Bezug auf den Staatshaushalt die Neigung vor, die ausländische Schuld Italiens als eine politische Schuld zu behandeln Bis zum Haushalt für das Rechnungsjahr 1924 bis 1925 hat Herr de Stefani jedoch noch nichts ähnliches verlauten lassen.. Dabei muß aber auf jeden Fall festgehalten werden, daß das Gleichgewicht des italienischen Staatshaltes von nichts anderem so sehr abhängt, wie von der Regelung eben dieser ausländischen Schulden. Einer der prominentesten italienischen Fach leute, Senator **Einaudi**, hat mit Bezug auf diese Tatsache erklärt, der ganze italienische Staatshaushalt müsse zusammenbrechen, sobald diese ausländische Schuld bezahlt werden müsse. **Italien hat an England und an die Vereinigten Staaten** insgesamt 23 Milliarden Goldlire, d. h. ungefähr 110 Milliarden Papierlire nach dem jetzigen Stand der italienischen Währung **zu bezahlen.** Zur Erledigung des Zinsendienstes für diese Außenschuld bedient sich die italienische Regierung eines verhängnisvollen Systems, indem sie zu jedem Fälligkeitstermin neue Schatzanweisungen für diesen Zinsendienst zur Emission bringt. Im Haushaltsjahr 1923 bis 24 hat Italien auf diesem Wege 640 Millionen Goldlire, also ungefähr dreieinhalb Milliarden Papierlire abgeführt. Dieser Vorgang jedoch wird in der Haushaltsrechnung der Regierung nicht angeführt, als ob die auswärtige Schuld gar keine Rolle für das öffentliche Finanzgebahren spiele.

Daher kommt es auch, daß das italienische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit der Anschauung huldigt es brauchten weder die Summe der auswärtigen Schuld noch ihr Zinsendienst bezahlt werden. Man hat also ganz die offiziellen Erklärungen vergessen, die in dieser Angelegenheit aus Washington und London gekommen sind. De Stefani hat zum ersten Mal im Voranschlag für den Staashaushalt des Rechnungsjahres 1924 bis 25 die Sume von 1,100 Mill. Papierlire zum Zweck der Begleichung dieses Zinsendienstes eingestellt. Diese Summe reicht natürlich bei weitem nicht aus, aber die Tatsache an sich ist doch äußerst bezeichnend. In führenden wirtschaftlichen und finanziellen Kreisen Italiens ist man daher mit Recht der Meinung, **daß die Finanzpolik der fascistischen Regierung durchaus verfehlt** und der Staatshaushalt keineswegs in der Lage ist, ein Gleichgewicht nachzuweisen.

Daß die italienische Finanzwirtschaft sich auf schiefen Bahnen bewegt, erhellt eine Betrachtung der valutarischen Wertveränderungen der italienischen Lire. Der Wert der italienischen Lire am amrikanschen Dollar und am Golde gemessen, ist von 1923 bis 1924 beträchtlich gesunken. In der Tat ist der Durchschnittswert der Lire dem Dollar gegenüber im Jahre 1923 21,82 gewesen, während er im ersten Halbjahr des laufenden Jahres auf 23,18 gesunken ist. Das bedeutet eine Wertverminderung um 1,36 Lire für jeden Dollar. Was den Wert der Lire am Golde gemessen anbetrifft, so betrug der Kurs der Papierlire im Jahre 1923 durchschnittlich 421,19 auf 100 Goldlire, während er am 30. Juni dieses Jahres auf 447,30 gestiegen war.

Trotz der großen Opfer der italienischen Steuerzahler ist der italienische Staatshaushalt eine Enttäuschung; die Ausgaben wachsen von Tag zu Tag, die öffentliche Schuld ist enorm und unerträglich, und an dem Tage, an dem die auswärtigen Schulden Italiens eingefordert werden, wird die italienische Finanzwirtschaft nur noch an einem Faden hängen und das italienische Wirtschaftsleben sich dem Abgrund nähern. Selbst ein fascistisches Organ wie der „Nuovo Paese" gibt dies zu und fordert neue Mittel zur Sanierung der italienischen Finanzen, indem er unter anderem verfichert, wenn nicht bald eine starke Hand Aenderungen im finanzpolitischen Gebahren Italiens herbeizwingen werde, müßten viele bisher gehegten Illusionen an der Gewalt der Tatsachen scheitern, und fügt dann hinzu daß der Haushaltsbericht des Finanzministers de Stefani vom 30. Juni 1924 aufzeige, daß die bisher von den italienischen Steuerzahlern dargebrachten Opfer vollkommen unnütz gewesen seien

Die **amerikanischen** und **englischen Finanziers** haben es bisher **abgelehnt**, sich irgendwie **an italienischen industriellen** Unternehmungen **zu beteiligen.** Der Verwaltungsrat einer der größten italienischen Firmen, der Firma Edison, hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Wir hatten bisher geglaubt, unsere Bedürfnisse durch eine Außenzwangsanleihe decken zu können; aber nach den verschiedensten und äußerst mühsamen Verhandlungen hat sich der Verwaltungsrat davon überzeugen müssen, daß es ihm zu seinem Leidwesen unmöglich ist, **Obligationen auf dem ausländischen Markte unterzubringen**, und insbesondere auf dem amerikanischen und

Das „hysterische" Halsband und die Katzenpfote.

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. S.

8] Von **Gräfin Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem.**

Hedwig hatte so viel Zeit, festzustellen, daß sie sich ihres Wissens zum 1. Mal in diesem Raum befand, als der Diener auch schon wieder erschien und sie mit etwas Gemurmeltem, das wie „lassen bitten" klang, einlud, das Zimmer zu betreten, dessen Portiere er zurückschlug, um sie hinter ihr wieder fallen zu lassen.

Hedwig stand nun in einem mit prächtigen alten Möbeln eingerichteten, angenehm großen und sehr behaglichen Wohnzimmer zwischen dessen beiden Fenstern quergestellt ein großer Diplomatenschreibtisch stand, und vor diesem saß in einem hohen Lehnstuhl eine enorm dicke Dame mit schneeweißem Haar und immer noch schönen, feinen Zügen, welche gleich ihren schlanken weißen Händen der allgemeinen Verfettung des Körpers entgangen waren.

Ein Blick nur auf diese starke Gestalt in tadellos gearbeitetem schwarzem Reformkleide genügte Hedwig, zu wissen, bei wem sie sich befand; sie machte der Dame eine sehr graziöse, tiefe Verbeugung und sagte verbindlich:

„Durchlaucht haben gewünscht, mich wegen Ihrer Annonce zu empfangen?"

„Was? Sie kennen mich?" rief die Dame überrascht. „Da hat also doch der alte Quatschkopf, der Justizrat, nicht dicht halten können!" setzte sie laut denkend hinzu.

„Verzeihung, Justizrat Filius hat nichts, aber auch gar nichts gesagt", erwiderte Hedwig belustigt. „Ich darf sogar behaupten, daß er weniger als nichts gesagt hat; der Wagen, der mich hierherbrachte, war verhängt und ich habe meine Neugier auch bezähmt, durch Lüften der Fenstervorhänge zu erfahren, wohin ich gefahren wurde. Aber da ich die Ehre habe, die Frau Fürstin von Vogelsburg zu kennen —"

„Das heißt, Sie haben mich irgendwo gesehen, gefragt, wer die dicke Pastete ist, und mich natürlich an meinem Embonpoint wiedererkannt," fiel die hohe Dame und Witwe eines mediatisierten Fürsten nicht scharf aber doch berichtigend ein. „Ich habe Sie meines Wissens nie gesehen, — da mein Inkognito nun aber zufällig geworden ist, so bitte ich Sie, auch das Ihrige zu lüften."

„Ich heiße Hedwig von Harlaching und wurde Durchlaucht vor zwei Jahren, als mein Vater hier Minister des Auswärtigen Angelegenheiten war, auf einem Bazar vorgestellt."

„Herrje, ja, — jetzt bin ich im Bilde!" rief die Fürstin, Hedwig die Hand reichend. „Sie waren die wunderhübsche Dame in dem griechischen Kunststempel, in welchem der gräuliche Kitsch verkauft wurde, und waren so freundlich, mir den Kreppbesatz an meinem Kleide anzustecken, den mir in dem gräßlichen **Gedränge jemand abgetrampelt hatte.** Ja, ja, ich erkenne Sie nun wieder. So, nun setzen Sie sich hier zu mir auf diesen Sessel und sagen, Sie, warum Sie auf meine Annonce geantwortet haben. Doch nicht der Belohnung wegen, wie?"

„Doch, einzig und allein der Belohnung wegen, Durchlaucht", erwiderte Hedwig, **Platz nehmend**, mit vollkommener Offenheit. „Grade eben diese Summe erwerben zu können, würde für mich eine Epoche meines Lebens bedeuten: sie würde mich in die Lage versetzen, den heiraten zu können, mit dem ich seit über zwei Jahren verlobt bin."

Die Fürstin schlug die Hände zusammen.

„Und dazu brauchen Sie solch' elende paar Kröten?" fragte sie mit der ganzen Naivität einer Person, für die 20 000 Mark noch keine „Summe" sind. „Ja, lieber Himmel, hat denn Ihr Vater, der Minister — — aber das geht mich nichts an; vergessen Sie, bitte, die halbausgesprochene taktlose Frage. Also: Sie wären zu einem Streich aufgelegt, den selbst auszuführen ich außerstande bin. Eigentlich ist's mehr ein kecker Streich, aber das ist Sache der Auffassung. Jedenfalls macht Ihre Persönlichkeit mir die Erklärung leichter, als bei einer Wildfremden, bei der ich ein tieferes Verständnis zur Sache nicht voraussetzen dürfte bei der ich manches umschreiben müßte. Apropos; war Ihnen der Justizrat schon bekannt?"

„Gewiß, Durchlaucht. Er war ein Universitätsfreund meines Vaters, zu dessen Lebzeiten wir mit ihm im geselligen Verkehr standen."

„Und er hat Ihnen nicht abgeredet, zu mir zu kommen?"

„Weder ab- noch zugeredet. Er hat mich einfach zum Wagen begleitet und die Erwartung ausgesprochen, mich bei der Rückkehr wiederzusehen."

„Soooo? Nun, das wollen wir mal abwarten", sagte die Fürstin trocken. „Ehe ich meine Erläuterung beginne, liebes Fräulein von Harlaching, setzen Sie sich mal hier diese Photographie eines Schmuckes an, und sagen Sie mir dann aufrichtig und ohne jede höfliche Beschönigung, was Sie davon halten."

Mit diesen Worten nahm sie aus einem eingelegten Koranständer neben ihrem Schreibtisch eine große, sorgfältig kolorierte Photographie, auf welcher in natürlicher Größe auf einem fast senkrecht gestellten Kissen ein Halsband abgebildet war, und reichte sie Hedwig, die wohl zu dieser Einleitung ein etwas erstauntes Gesicht machte, denn sie fügte rasch hinzu: „Es gehört zur Sache, wie Sie sehr bald erfahren werden. Aber erst möchte ich wissen, was Sie von diesem Schmuck halten, wie Sie ihn bewerten, und bitte auch, sich das Bild davon, die Form genau einzuprägen."

Das war für ein geübtes Auge, wie Hedwig es für dergleichen Dinge hatte, nicht schwer, selbst wenn das photographierte Halsband nicht so eigenartig gewesen wäre, wie man es im allgemeinen höchstens noch in den Sammelkästen großer Museen sieht. Der Schmuck bestand aus zwölf gleich großen, durch Kettenglieder aneinanderzufügten, wundervoll gearbeiteten, länglichen Vierecken, in denen tafelförmig geschliffene, voneinander verschiedene Steine eingelassen waren, von denen nur jener in der Mitte kleiner, als die übrigen ist war. Dafür war seine Fassung etwas breiter, die gleich den anderen aus wunderbar modellierten knieenden Engelsfiguren bestand, welche erhaben aus der Umrahmung herausstrebend, Schilde hielten, in welche die Steine eingelassen waren.

„Das ist ja etwas ganz Hochoriginelles, etwas ganz Wundervolles", sagte Hedwig ehrlich. „Jeder Mensch hat sein Steckenpferd, Durchlaucht, — das meinige war und ist das Studium des Schmuckes von den ältesten Zeiten an, und dafür hatte ich in dem Direktor unseres Kunstgewerbemuseums einen hervorragenden Lehrer und Führer. Ist dieses Halsband nicht eine Arbeit der italienischen Renaissance? Vielleicht sogar noch etwas vor dieser Epoche entstanden?"

„Sie haben recht, — es ist eine römische Arbeit aus der Zeit zwischen 1480—1440, und außerdem ein Familienerbstück", erwiderte die Fürstin, sichtlich befriedigt. „Ich werde Ihnen kurz seine Geschichte erzählen, — sie gehört gewissermaßen auch zur Sache, wenigstens für Sie, die Sie soviel Verständnis für den Gegenstand besitzen. Also, zu jener Zeit lebte in Rom eine Patrizierin, welche die christliche Welt heut noch unter dem Namen „die heilige Francesca Romana" kennt und verehrt. Sie stammte aus dem edlen Hause der Busse de Leoni und war mit einem vornehmen Römer aus dem Geschlecht der Ponziani vermählt. Am Weihnachtstage des Jahres 1432, als die heilige und uns menschlich so verständnisvolle Frau das Geheimnis der Inkarnation betrachtete, hatte sie eine Vision, in welcher sie die Muttergottes, geschmückt mit einer dreifachen Krone sah und über die Bedeutung der die oberste Tiara schmückenden zwölf Edelsteine belehrt werde. Dieser in den Juwelen verborgene tiefe Sinn machte die Steine für die Heilige und deren Familie zu besonders bevorzugten Gegenständen, und als noch vor dem Jahre 1440, in welchem Donna Francesca Romana in die himmlische Heimat gerufen wurde, eine ihrer Nichten sich verheiratete, machte sie ihr dieses selbe, hier abgebildete Halsband zum Hochzeitsgeschenk. Der Gemahl dieser Nichte aber war mein Ahnherr, denn meine väterliche Familie stammt aus dem großen römischen Geschlecht, dessen Namen sie in der Folge mit jenem einer ererbten Besitzung vertauschte. Nach Deutschland vor fast dreihundert Jahren ausgewandert, sind wir nebenbei zu auch gute Deutsche geworden. Natürlich blieb die Hochzeitsgabe der heiligen Frau in meiner Familie ein sogleich gehütetes und verehrtes Erbstück, das in meinen Besitz überging, als ich, die letzte meines Hauses, den Fürsten Vogelsburg heiratete. Was nun die Bedeutung der Steine nach den Aufzeichnungen der heiligen Francesca Vogelsburg betrifft, so ist der Diamant das Symbol der Charakterstärke; der Rubin der himmlischen Liebe; der Saphir jenes der Beharrlichkeit; der Smaragd bedeutet die Demut; der Balasrubin die Erleuchtung, die Weisheit. Der Ruamarin ist das Sinnbild der Gedächtnisstärke; der Sardonyx jenes des Verstandes; der Granat ist das Symbol der Willenskraft; der Türkis jenes der Wahrhaftigkeit; der Topas das der Standhaftigkeit; der Amethyst das der Wissenschaft; der Carneol bedeutet männlichen Mut."

Soviel also von der Geschichte des Halsbandes und seiner Bedeutung als Familienerbstück, welches aus meinem Haus in das meines Gemahls übergegangen, für dieses ein kostbares, und — unveräußerliches Gut ist, beziehungsweise bleiben ollte. (Fortsetzung folgt.)

englischen Markte, und zwar weil zu hohe Zinsen und außerdem auch noch die Emission einer hypothekarischen Anleihe gefordert wurde."

Daß die wirtschaftliche und soziale Lage in Italien immer unhaltbarer wird, beweist am besten die allgemeine Mißstimmung, die Unsicherheit und die wachsende Unruhe innerhalb der produzierenden und handeltreibenden Bevölkerungskreise. Ein weiteres bemerkenswertes Anzeichen für diese Situation ist die **allgemeine Kreditnot**, unter der besonders die niederen Bevölkerungskreise und der Mittelstand, insofern er in Industrie und Gewerbe beschäftigt ist, zu leiden hat. Diese Lage ist durchaus nicht dadurch entstanden, daß es etwa gegenwärtig an flüssigem Kapital fehle. Während die italienische Industrie hohen Kreditvermögens Geld nur zu einem Zinsfuße von Prozent erhalten kann, wird zwei Milliarden Lire zu einem viel niedrigeren Zinsfuß in Gestalt der Anleihen an Polen und Ungarn ins Ausland gegangen. Diese Tatsache ist dadurch triftig zu erklären, daß die italienischen Sparer ihr Geld lieber in Polen und Ungarn anlegen als in der einheimischen Industrie, zu der sie kein Vertrauen mehr besitzen können dabei muß darauf hingewiesen werden, daß gerade die großen italienischen Industrie- und Handelsfirmen he ue beträchtliche Dividenden abwerfen, und daß die Notierung ihrer Papiere an der Börse noch nie so hoch gewesen ist wie heute. Die Tatsache, daß das faschistische Regime nicht n der Lage gewesen ist, allgemeines Vertrauen, allgemeine Sicherheit zu rwecken, hat bewirkt, daß alle kapitalistischen Unternehmungen an einer Stagnation und an einer Kreditverklammung leiden.

WTB **London**, 9. Sept. **Zaghlul Pascha** hat heute **Macdonald** mitgeteilt, daß er bereit sei, mit ihm zusammenzukommen. Macdonald hat ihm darauf einen Brief geschickt, in dem er die Hoffnung ausspricht, **daß Ende ds. Mts. die Zusammenkunft stattfinden werde.** Es ist beinahe sicher, daß die Begegnung in London stattfinden wird, weil Macdonald wegen seiner zahlreichen Verpflichtungen nicht imstande ist, London zu verlassen.

WTB **Madrid**, 9. Sept. Der Präsident und die drei Generale des Direktoriums sind nach Marokko abgereist. In einer offiziellen Note wird erklärt, der **König sei mit der Reise Riveras einverstanden**, die bezwecke, an Ort und Stelle die Lage zu prüfen, um sofort etwa erforderliche eue Pläne ausführen zu können. Der König bleibt in Madrid, ebenso die Regierung unter dem Vorsitz des Kontreadmirals Magaz. Die Note bemerkt weiter, kein wahrer Patriot dürfe es wagen, unter den gegebenen Umständen den Frieden zu stören. Die Regierung und die Behörden hätten genügend Autorität, um eventuelle Störungen zu vernichten.

WTB **Paris**, 9. Sept. Wie der Journal aus Madrid meldet, hat der allgemeine **Aufstand der Stämme in Marokko**, wie ein aus Tetuan gekommener Offizier berichtet, die spanischen Kolonnen in ihrem Lager überrascht. General Primo de Rivera verfügte, da er einen allgemeinen Aufstand derjenigen Stämme, die bisher Spanien treu waren, voraussehe, nach Tetuan zu kommen, um dort Maßnahmen zu treffen, die die Klugheit erfordere. Man hält es für möglich, daß die Stellung von Tschchman aufgegeben und daß das Zentrum des Widerstandes nach Tetuan verlegt wird, wo augenblicklich zahlreiche Verstärkungen von Truppen aller Waffengattungen eintreffen.

WTB **Paris**, 8. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Schanghai hat der Marschall Tschang-Tso-Lin der Pekinger Regierung und dem Militärdirektor von China, Wupaifu, **den Krieg erklärt.**

WTB **Paris**, 9. Sept. Wie der Matin aus Madrid meldet, handelt es sich bei dem spanischen Rückzug um die Aufgabe der Stellungen, die im Tale des Laussflusses liegen. Während des Rückzuges in Richtung Tetuan griffen die Riffleute die Nachhut, die aus einem Bataillon fremder Legionäre gebildet war, heftig an. Die Nachhut leistete heroischen Widerstand und hatte dabei die bereits gemeldeten Verluste.

Soziales.

Die Not des Arbeiterstandes.

Gar viel wird zurzeit geredet und geschrieben von der Not mancher Stände, obwohl in diesen von Mangel an Nahrung und notwendiger Kleidung gewiß keine Rede sein kann. Seit längerer Zeit wird insbesondere die Not der Landwirte hervorgekehrt. Die augenblickliche schwierige Lage des Bauernstandes soll durchaus nicht verkannt werden. Die Geldknappheit erschwert den Kredit, dessen der Landwirt zur vollen Bewirtschaftung und auch zu möglichst weitgehender Erzeugung von Lebensmitteln bedarf. Das sind zweifellos Wirtschaftsschwierigkeiten, denen in einem Staatswesen, in welchem der Volksgemeinschaftsgedanke leitend sein soll, begegnet werden muß. Eine eigentliche Not leidet der Landwirt deshalb noch nicht, er hat immer noch für sich und seine Angehörigen reichliche und gute Nahrung. Anders liegen die Verhältnisse bei dem Arbeiterstand, der von heute auf morgen sorgen muß, daß er überhaupt etwas zu essen hat. Fällt der Lohn auf Grund von Arbeitslosigkeit aus, steht der Arbeiter direkt vor einer Hungersnot im wahren Sinne des Wortes. Ist der Lohn zu gering, was angesichts der herrschenden Preise für Nahrungsmittel ohne weiteres feststeht, so befindet sich der Arbeiter in dauernder Not. Diese zeigt sich zurzeit in erschreckendem Maße, ohne daß aber von einer Not des Arbeiters viel zu hören oder zu lesen ist, viel weniger hört oder liest man von Maßnahmen zur Linderung dieser Not.

Betriebe auf Betriebe werden stillgelegt und dadurch immer mehr Arbeiter stellen- und brotlos.

„Es muß etwas faul sein im Staate", so schreibt Dr. Georg Fischert, Berlin, in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 24. Mai d. J. Er stellt in dem Unternehmerblatt fest: „Ganz unverkennbar besteht ein „zureichender Grund" zur sozialen Unzufriedenheit. Er liegt in dem Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen (bezw. Gehältern). Die Masse des Volkes kann bei den jetzigen Preisen, Löhnen und Gehältern kein menschenwürdiges Dasein führen. Man kann von dem Volke verlangen, daß es fleißig arbeitet. Man kann aber nicht Friedenslöhne zahlen und auf der anderen Seite Preise verlangen, welche bis zur dreifachen Friedenshöhe gehen.

Die doppelte Höhe des Friedensstandes haben die meisten Preise. Die Butter kostet 2,10 Mark während man im Frieden die beste Qualität für 1,20 Mark haben konnte. Besonders teuer sind Bekleidungsgegenstände jeder Art. Das Herz kann einem bluten, wenn man sehen muß, wie abgerissen das Volk jetzt herumläuft. Das Wort „Volk" ist dabei in breitestem Sinne zu verstehen. Ein fleißiger, sparsamer und ordentlicher Mann hat aber unter allen Umständen Anspruch darauf, daß er sich und seine Familie anständig ernähren und kleiden kann. Ist er dazu nicht in der Lage, dann muß etwas faul im Staate sein, und es ist etwas faul. Bei den jetzigen Preisen kann die Masse des Volkes nicht bestehen ..... Die Geschäftswelt hat sich, noch unter dem Einfluß der Inflation stehend, mit Sachwerten, mit Vorräten belastet und dazu alle Kreditmöglichkeiten erschöpft. Das gilt besonders von der Textilbranche. Man will diese Bestände auch durchhalten. .... Herunter mit den Preisen! Darin liegt das Gebot der Stunde ...."

Wenn schon in einem Unternehmerblatt in so krasser Form die Not der Arbeiterschaft geschildert wird, dann kann wohl kaum dieselbe von irgend jemand bestritten werden.

Inwieweit ein Teil der Arbeiterschaft in der Lage ist, die Familie anständig zu ernähren und zu kleiden sei an folgendem Beispiel erläutert:

Der monatliche Verdienst eines angelernten Arbeiters in der Metallindustrie betrug im Monat Juni bei 224 Arbeitsstunden, die Stunde 41 Pfg., 91,84 Mark. Davon gingen an sozialen Lasten, Steuer u. Miete ab 21,50 Mark. Dem Arbeiter verblieb den ganzen Monat rund 70 Mark oder die Woche 17,50 Mark. Mit diesem Gelde soll nun der Arbeiter seine Familie ernähren.

Ist dieses der breiten Oeffentlichkeit bekannt? Was sagen die Hausfrauen der Arbeitgeber und Geschäftswelt dazu? Kommt ihr mit einem derartigen Haushaltungsgeld aus?

Ein Teil der Arbeiterschaft erhält alle 14 Tage einen Bruchteil des verdienten Lohnes, weil die Arbeitgeber immer wieder erklären, die Lohngelder nicht aufbringen zu können. Die Reichsregierung und die Volksvertretung scheinen sich gar nicht darum zu kümmern, was mit der Wirtschaft geschieht. Ob die Wirtschaft die notwendigen Gelder und Kredite zu angemessenen Zinssätzen bekommt, darum kümmert man sich nicht. Krasse Ichsucht dominiert heute allenthalben. Viele Arbeiter sind nicht imstande, ihre Miete zu zahlen und müssen ihre Lebensmittel borgen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ehrliche, fleißige und nüchterne Arbeiter, die nicht krank waren und dauernd gearbeitet haben, sind tief in Schulden geraten, ohne daß ihnen ein Vorwurf gemacht werden könnte. Es muß doch jeder Familienvater dafür sorgen, daß seine Familie am Leben bleibt. Es ist tief bedauerlich, daß der produktiv Tätige, der Mann, der täglich neue Werte schafft und das Fundament bildet, auf dem der Staat sich aufbaut, Not und Elend über sich ergehen lassen muß.

Wenn nun erst der noch arbeitende Arbeiter, so um sein Leben kämpfen muß, wie sieht es da erst bei den vollständig Erwerbslosen aus! Diese ärmsten der Armen sind bald am verzweifeln. Deutsches Volk zumal diejenigen Kreise, welche noch keine Not gelannt haben geht mal in die Familien hinein, wo der Ernährer schon monatelang arbeitslos ist; ihr werdet dort Verhältnisse sehen, die zum Himmel schreien.

Will das deutsche Volk zur Volksgemeinschaft kommen, dann ist es höchste Zeit, daß diejenigen, welche in der Lage sind, den Anfang machen zu können, endlich zufassen. Alles Reden und Schreiben über Volksgemeinschaft hat keinen Wert, es muß zugepackt werden.

Es ist die Frage berechtigt, ob die Preise für Lebensmittel und alle sonstigen Gebrauchsgegenstände in der gegenwärtig geltenden Höhe angemessen sind und ob es gar kein Mittel gibt, eine wirklich notwendige Senkung derselben herbeizuführen. Die von Dr. Georg Fischert in der „Deutschen Bergwerkszeitung" aufgeworfene Frage verdient unbedingte Beachtung und erheischt Abhilfemaßnahmen. Hört es, ihr Regierungshäupter, ihr Volksvertreter: Nicht nur die Landwirte, nicht nur die hohen Beamten haben Anspruch auf eure Fürsorge!

Es wäre verhängnisvoll für unser Vaterland, wenn nicht endlich der Arbeitsleistung, die ihr zukommende Wertbemessung zuteil würde, indem auch der Träger der Arbeit, der Arbeiter selbst als Mensch die ihm gebührende Wertschätzung fände. Die Zeiten dürften doch vorbei sein, wo man den Arbeiter, weil er eben arbeitet, als minderwertigen Menschen ansehen konnte. Wenn Deutschland aus seinem Elend herauskommen will, dann ist es vor allem auf die berufsfreudige Tätigkeit der Arbeiter angewiesen. Mit Hunger schafft man keine Berufsfreudigkeit. Der wohlmeinende, krebsame und fleißige Arbeiter muß das Gefühl haben daß, wenn er seine Pflicht tut, ihm auch sein Lebensunterhalt geschützt ist.

Wir haben bisher den Standpunkt vertreten und halten unter allen Umständen daran fest, daß der Arbeitslohn so bemessen sein muß, daß man eine Familie gründen und erhalten kann. Wie es einem jungen Menschen bei dem heute ohnedies schlechten Lohn noch möglich sein soll, bei weiterer Kürzung desselben eine Familie zu gründen, dürfte eine schwer zu lösende Frage sein.

Mit solchen Mitteln läßt sich eine an Körper und Geist gesunde Arbeiterschaft, wie sie unsere Wirtschaft braucht, nicht auf die Beine bringen. Es kommt weniger auf die Höhe des Lohnes an, als vielmehr auf das was sich der Arbeiter für seinen empfangenen Lohn kaufen kann. Kann die Wirtschaft zurzeit keine höheren Löhne aufbringen, dann müssen eben die Preise gesenkt werden. Hier sollte der Hebel angesetzt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Profit für manche Zwischenhandelskreise etwas geringer ausfiele.

Die Arbeiterschaft ist ihrerseits bereit, Opfer zu bringen, wenn dadurch die Notlage unseres Vaterlandes behoben werden kann. Was wir aber verlangen müssen, ist eine gerechte Verteilung der Lasten. Für manche Kreise bedeutet auch weitgehende Einschränkung der früher gewohnten Lebenshaltung absolut keine Not, sondern nur ein Verzicht auf Luxus oder auf Annehmlichkeiten des Lebens. Diese Kreise sind es aber auch, die am lautesten aufschreien, wenn von ihnen Opfer gebracht werden sollen.

WTB **München**, 9. Sept. Reichstagsabgeordneter Behrens-Berlin eröffnete hier heute die Tagung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands (Sitz Essen), an der 700 Delegierte teilnehmen, sowie eine große Anzahl von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, darunter Ministerialdirektor Krieger und Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Ministerialdirektors Krieger über Zeitfragen und Zeitaufgaben in der Sozialversicherung Weitere Referate wurden erstattet über die Bekämpfung der Tuberkulose, über Erwerbslosen- und Arbeitslosenversicherung und die Frage der Röntgenbehandlung bei Krankenkassen und Krankenkassenverbänden. ch

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe

1. Bezirkstagung der katholischen Jungmännervereine des Dek. Olpe.

Olpe, 10. Sept.

Die am vergangenen Sonntag veranstaltete Bezirkstagung der kath. Jungmännervereine des Dekanates Olpe ist den gesetzten Erwartungen in reichem Maße gerecht geworden. Die Tagung wurde durch eine Festandacht in der prächtigen Olper Pfarrkirche eröffnet. Der **Bezirkspräses** Vikar **Bücker-Olpe** gab durch eine kurze Ansprache der Tagung den passendsten Auftakt und Klang. Als Sinn der Tagung ließ er die Grabschrift auf dem Grabmal des seligen Petrus Canisius aufleuchten:

„Christo, Mariae et Petro adhaesit."

„Christus, Maria und Petrus war er treu ergeben."

Gläubig an Christus, den Gottessohn, sittenrein in der Liebe zur Gottesmutter, treu der hl. Kirche, dem Stuhle Petri, will die kathol. Jugend Volk und Vaterland dienen. **Der Jungmännerchor des Jünglings-Vereins Drolshagen** erhöhte die Feier durch 3 Chöre, die zum Lob des Chores und des Vereins genannt seien:

1.) Das hl. Abendmahl, 5st. von Haller.
2.) Seele Christi, heil ge mich, 4st. von Molitor.
3.) O meine schönste Hoffnung, 4st von Heuberger.

Nach der Andacht sammelten sich die 600 Jungmänner zum **Festzug auf der Bruchstraße**, von wo der Festzug mit Reitern, Radfahrern und Feuerwehrkapelle zum Vereinshaus marschierte, das mit der Kreuzes-fahne geschmückt war.

Im Vereinshaus wurde die Tagung eröffnet und weiterhin begleitet mit Musikstücken der freiw. Feuerwehr Olpe.

Ein **Prolog**, vorgetragen von Rudolf Mertens, entbot den Jünglingen Freundesgruß zur Brudertagung.

Nach dem Chor „Morgenopfer", vorgetragen von den Drolshagener Sängern, entbot **Lehrer Schindler** als Vizepräses des Olper Vereins den Freunden einen Willkommensgruß.

Der **Bezirkspräses** ergriff dann das Wort und begrüßte die erschienenen Vereine von Drolshagen, Wenden, Olpe, Freudenberg, Schreiberhof, die Abordnungen aus einzelnen Gemeinden des Dekanates und den Verein von Attenhundem als willkommene Gäste.

Im Namen der Jungmänner begrüßte der Bezirkspräses die Ehrengäste: Herrn Dechant Hirschmann als Vertreter des hochwst. Herrn Bischofs, Herrn Direktor Hesse in Vertretung des Landrats und des Bürgermeisters der Stadt Olpe, sodann den Herrn Ammann Diekmann von Drolshagen. Es wurde dabei betont, daß die kath. Jünglingsvereine Wert darauf legen, bei solchen Tagungen die Spitzen der geistlichen und weltlichen Behörden in ihrer Mitte zu sehen, denn sie sind nicht revolutionär, sondern erziehen ihre Mitglieder zur Achtung vor der Obrigkeit und den Gesetzen, und sie wollen auf solchen Tagungen denen ihre Treue und Dankbarkeit bekunden, die sich um die Jugend bemühen. Als weitere Ehrengäste waren erschienen Herr Fabrikant Baldus-Drolshagen, Rektor Wenske, Seminar-Oberlehrer Knuft und Dr. Wand.

Der Bez.-Präses führte dann weiter aus: Wir grüßen heute am 1. Bezirkstag unseres Dekanates die Zentrale der Jungmännervereine in Düsseldorf und geloben ihr treue Mitarbeit. Wir gedenken heute in der Notzeit unseres Volkes jener, die vor nunmehr 10 Jahren noch größere Not vom Volk, vom Vaterland, von eurer Jugendzeit abgehalten haben: Des Heeres in schimmernder Wehr und wollen wieder wehrhaft sein. Der Toten des Weltkrieges gedenken wir und wollen ihrer würdig sein, die Ketten schütteln und wie die Helden unseres Volkes rufen lernen: „Ist nun unsere Zeit gekommen, so lasset uns ritterlich für die Brüder sterben, daß unsere Ehre nicht befleckt wird."

Aber **mehr als die Macht wollen wir das Recht** und noch darüber und noch **mehr die Liebe**, die Liebe und Eintracht im Volke, den Bund der Völker. — Als kathol. Jünglinge grüßen wir heute alle unsere Führer, die in der Vergangenheit dem deutschen Volke ein wahrhaft christl. Angesicht zu verleihen sich gemüht haben: **Windthorst** grüßen wir, der ein staatspolitisches Programm uns gab, vor dem noch in diesen Tagen das kath. Volk die Fahnen senkte in der Marienkirche zu Hannover, **Hitze** grüßen wir, der in unseren Bergen geboren und zur Ruhe gebettet, unserem Volke soziale Wege wies.

Wir grüßen schließlich die Männer unserer Tage, die im kathol. Geiste die Völker regieren und versehen: den Reichskanzler **Marx**, den Bundeskanzler **Seipel** und gehen auch nicht achtlos vorüber an jenen, die in anderen Ländern im gleichen Geiste Führer sind. Das ist der Gruß, der unsern Herzen heute entströmt.

Die Festrede hielt sodann **Georg Wagner** von der Centrale in Düsseldorf über: **Kath. Jugend in deutscher Notzeit.** In den **Mittelpunkt** seiner tiefgründigen Darlegungen die **hl. Eucharistie** stellend, warf er zunächst die Frage auf: „Was heißt denn katholisch sein?" Nicht ein bloßes Hinnehmen, nicht ein äußerliches Mitmachen der religiös-kirchlichen Pflichten, weil — nun weil es einmal so Brauch ist, weil andere es auch tun, — sei katholischer Geist. Aus innerster Ueberzeugung hervorgehende, bewußte Betätigung der religiösen Grundsätze im praktischen Leben, in Familie, Stand und Staat, sei Wesen des Katholiken. In eingehenden, treffenden Ausführungen kennzeichnete der Redner die Stellung der katholischen Jungmannen in der Familie, im Beruf und im Staate, wie sie sein muß. Gehorsam, Liebe, Disziplin zeichnete er als markante Seiten. In staatlicher Hinsicht könne sich die kathol. Jungmännerwelt nur zum Großdeutschtum, nicht aber zum verpreußten Staate bekennen. Der Festredner erntete für seine wohldurchdachten, erwärmenden Darlegungen stärksten Beifall.

Herr **Dechant Hirschmann** ergriff zu einer kurzen Ansprache das Wort, in der er die Jungmänner aufforderte, durch tatkräftige Verwirklichung der packenden Worte des Redners den katholischen Jugendverein einen neue Anhänger zu gewinnen. Ferner verlas er eine auf der Bischofskonferenz in Fulda gefaßte Resolution, in der die Bischöfe die katholische Jugend vor den Vaterländischen Verbänden warnen.

In trefflicher Weise wurde durch die **Aufführung der Gralszene** dem Sinn der ganzen Tagung Rechnung getragen. Mit sichtlicher Ergriffenheit befteten sich die Augen aller dorthin. Dem anmutigen Spiel der Schwanenjungfrauen gebührt alle Anerkennung.

Der Drolshagener Chor bot im Verlauf der Tagung herrliche vaterländische Chöre, die mit begeistertem Beifall aufgenommen wurden. Alles in allem eine wohlgelungene Tagung, ein verheißungsvoller Anfang.

Nach Schluß der Tagung zogen die Jungmannen durch die Martinstraße zum Marktplatz, wo eine eindrucksvolle vaterländische Kundgebung veranstaltet wurde.

)*(**Olpe**, 9. Sept. Fräulein Helene **Hafner** (Stenotypistin am „S. B.) hat in **Münster** beim Prüfungswettschreiben des Münsterschen (Gabelsberger) Stenographenvereins den **1. Preis nebst Ehrenpreis** erworben. Unsern herzlichsten Glückwunsch!

)|(**Attendorn**, 10. Sept. **Der Schützenbund des Kreises Olpe** hielt am Sonntag, dem 7. September 1924 in Attendorn sein erstmaliges **Bundespreisschießen** ab. Trotz des zweifelhaften Wetters und der an diesem Tage stattfindenden anderweitigen Festlichkeiten hatte sich eine recht stattliche Anzahl Schützen eingefunden. Am Bahnhof in Attendorn wurden die ankommenden Schützenbrüder vom Bundeshauptmann Schürmann sowie vom Vorstande der Attendorner Schützengesellschaft und der Turnvitschen Kapelle empfangen. Mit klingendem Spiel zog der stattliche Schützenzug durch das festlich geflaggte Attendorn zum Schießstand der Schützengesellschaft Attendorn, 80 Schützen und wahrlich nicht die schlechtesten aus dem Sauerlande, kämpften um die Bundespreise. Es wurden auf eine Ringscheibe in 100 Mtr. Entfernung, von jedem Schützen 3 Schuß abgegeben. Probeschüsse konnten infolge der starken Beteiligung und der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht gestattet werden. 28 Schützen welche über 30 Ringe geschossen hatten, kämpften im engen Kreise durch Stechschuß um die Preise. Diese bestanden in Silber- und Broncemedaillen und zwar waren solche in 4 Gruppen a 5 Preise eingeteilt. Der Endkampf war hartnäckig und scharf. Die Preisträger waren: 1. Gruppe: 1 Preis Albert Biecker-Attendorn, 2. Preis Klemens Fernholz-Listerscheid; 3. Preis **Fritz** Vetter-Finnentrop; 4. Preis Joseph Schürmann-Attendorn; 5. Preis Franz Schürmann-Attendorn; 2 Gruppe: 1. Preis Wilhelm Müller-Förde; 2. **Preis** Albert Leowald-Lisernohl; 3. Preis Franz Schäfer-Hofolpe; 4. Preis Franz Koch-Ennest; 5. **Preis** Otto Frede-Förde; 3. Gruppe: 1. Preis Joseph Schweinsberg-Altbaum; 2. Preis Rudolf Schweinsberg-Hofolpe; 3. Preis Joseph Schulte-Listerscheid; 4. Preis Friedrich Ebert-Brachthausen; 5. **Preis** Paul Bettig-Attendorn; 4. Gruppe: 1. Preis Albert Langenohl Listernohl; 2. Preis Albert Stumpf-Windhausen; 3. Preis Anton Springhoff-Ennest; 4. Preis Theo Gante-Heggen; 5. Preis Franz Eikelmann 1-Attenhundem. Nach dem Schießen zogen die Schützen, an der Spitze die Preisträger, zum Schützenhaus, wo der Bundeshauptmann die Auszeichnungen der Schützen vornahm. Die besten Durchschnittsleistungen erzielten die Vereine Attendorn, Listerscheid, Hofolpe und Listernohl, welchen noch eine besondere Bundesauszeichnung zuerkannt wurde. Nach Schluß des Schießens verlebten die verbleibenden Gäste noch angenehme Stunden bei Konzert und Tanz in den gastlichen Räumen der Schützengesellschaft. Der Schützengesellschaft Attendorn, sowie der Bürgerschaft Attendorn gebührt herzlichster Dank für die gemachten Aufwendungen, welche zum guten Gelingen der ganzen Veranstaltung wesentlich beigetragen haben. Der Schützenbund des Kreises Olpe hat seine Daseinsberechtigung auch diesmal wieder glänzend erwiesen, möge ihm weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen auch fernerhin beschieden sein.

„ **Wenden**, 10. Sept. **(Brandunglück.) In der** Nacht von Samstag auf Sonntag gegen 12 Uhr wurden die Bewohner unseres stillen Dorfes plötzlich durch Feuersignale aus dem Schlafe geweckt. Ein Mann, der von der Arbeit aus dem Siegerlande zurückkehrte, bemerkte in der Stallung der Wwe. Landwirt Jos. Heppenstedt Feuer und weckte die Hausbewohner. Bald stand das ganze Haus in hellen Flammen. Es ist bis auf den Grund niedergebrannt. Die Nachbarhäuser wurden durch tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr gerettet. Die geringe Versicherungssumme von 8000 Mark wird nach einigen Abzügen bei weitem nicht imstande sein ein neues Haus nach den heutigen Verhältnissen entstehen zu lassen. Hiermit ist ein Altertum aus unserem Dorfe verschwunden, denn dieses große Haus gehörte mit zu den ältesten Häusern der Pfarrei Wenden und war vordem Besitzum des Küsters Weingarten und davor des Ammanns Weingarten.

() **Meggen**, 10. Sept. Am 7. September d. Js. fand hier bei prächtigem Wetter auf dem Spielplatz des Turnvereins Meggen das Jugend-Wetturnen des 8. Bezirks des Märkischen Turngaues statt. Sämtliche 14 Vereine des Bezirks waren mit insgesamt 250 jungen Turnern vertreten. Das Ergebnis des Wettkampfes war ein sehr gutes, da nur 9 Wettkämpfer keinen Preis errangen. Den 1. Preis in den einzelnen Jahrgängen erhielten folgende Turner: Jahrgang 06-07 Jos. Schulte, T. V. Meggen; Jahrgang 05-04 Kaspar Rummel, T. V. Meggen; Jahrgang 10-11 Franz Kleeschulte, T. V. Meggen; Jahrgang 12-13 Rudolf Arens, T. V. Meggen; Jahrgang 14-15 Heinrich Fischer, T. V. Kirchhundem. Der Wettkampf hat bewiesen, daß das deutsche Turnen immer weitere Kreise der deutschen Jugend begeistert und an sich zieht.

:: **Silberg** b. Welschenennest, 10. **Sept.** Auf dem am vergangenen Sonntag in Meggen stattgefundenen **Jugendwetturnen des 8. Bezirks** wurden sämtliche 16 von hier zum Wettkampf entsandten Turner mit dem Eichenkranz geschmückt, u. a. errang Joh. Schulte mit 171 Punkten den 1. Preis. Gut Heil!

Provinzielles

Siegen, 8. Sept. Das Stadtjubiläum von Siegen, vom Wetter sehr begünstigt, hat gestern abend seinen Abschluß erreicht. Als hervorragende Momente der reichen Festveranstaltungen müssen die wunderschöne Beleuchtung der alten Häuser am Freitag abend das prächtige Feuerwerk am Oberen Schloß, das Festkonzert der Bochumer Stadtkapelle unter Generalmusikdirektor Schulz Dornburg, und die scenische Darstellung von Schillers Glocke durch Bürger und Bürgerinnen der Stadt sowie nicht zuletzt der historische Festzug am Sonntag genannt werden, an dem über 60 Wagen teilnahmen. Die Festtage sind unter außerordentlich reger Beteiligung der Bevölkerung des Siegerlandes und fremder Güste sehr harmonisch verlaufen.

Siegen, 8. Sept. Der 5. Westfalentag, der soeben hier seine 5. Hauptversammlung abgehalten hat, wählte als nächsten Tagungsort die Stadt Münster in Westfalen. Als Ehrengast wohnte den Verhandlungen der Prinz von Ratibor und Corvey bei. Zwei Vorträge über die Notwendigkeit der Errichtung von Heimatmuseen zur Pflege der bodenständigen Kultur in Deutschland (Dr. Preßler, Hannover, Direktor des vaterländischen Museums) und Naturschutz (Studienrat Dr. Klose-Berlin. Festsitzender des deutschen Volksbunds Naturschutz bildeten den Kern der öffentlichen Versammlung. Die Ausschußsitzungen waren geheim.

Letzte Telegramme.

WTB **Madrid**, 10. Sept. Aus **Marokko** wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die Truppen der Westzone haben heute ihren Rückzug ausgeführt. Nachdem sie zwei Stellungen geräumt hatten, haben die Feinde die Legionäre angegriffen, die mutigen Widerstand geleistet haben. Die Verluste sind entsprechend dem Verhältnis dieses Kampfes wenig zahlreich.

WTB **Berlin**, 10. Sept. (Drahtb.) Die interalliierte **Militärkontrollkommission** begann gestern den Plättern zufolge mit der

Abschlußkontrolle in den verschiedenen Teilen des Reiches und besuchte eine Reihe früherer Rüstungsfabriken und Formationen der Schutzpolizei. Die Besuche sind reibungslos und ohne Zwischenfall verlaufen.

WTB Bern, 10. Sept. (Drahtb.) Die Konferenz der Arbeitsminister Englands, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens ging heute nachmittag zu Ende. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird folgendes mitgeteilt: Nachdem die Minister erneut festgestellt haben, daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des Achtstundentages zu gelangen, wurde das Abkommen einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie beschränkte sich darauf, die etwa bestehenden Auslegungsschwierigkeiten zu beseitigen und so den Regierungen die Ratifizierung zu erleichtern. Es kann festgestellt werden, daß in den meisten Punkten ihre Auffassungen übereinstimmten oder nicht sehr von einander abwichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens zu gelangen.

WTB Essen, 10. Sept. (Drahtb.) In der vergangenen Nacht 12 Uhr ist auf allen Grenzbahnhöfen der Regie die Zoll- und Paßkontrolle aufgehoben worden.

WTB Paris, 10. Sept. Wie der Matin meldet, ist bei dem Mehlpreis am Pariser Markt eine neue Steigerung zu verzeichnen. Man fürchtet eine neue Brotpreiserhöhung.

WTB Paris, 10. Sept. Nach einer Meldung des Petit Journal aus Newyork finden zur Vorbereitung der deutschen Anleihe in der Zeit vom 15. bis 20. September in London wichtige Besprechungen statt an denen vor allem der amerikanische Bankier Morgan sein Teilhaber Lamont und der Gouverneur der Bank von England, Norman, teilnehmen werden.

WTB Berlin, 10. Sept. Wie die Blätter erfahren, werden die Gespräche von und nach dem besetzten Gebiet von den Franzosen im besetzten Gebiet noch immer kontrolliert. Die Verordnung bezüglich der Kontrolle der Gespräche reicht noch bis zum 31. Dezember 1924. Die Kontrolle erfolgt stichprobenweise.

WTB London, 10. Sept. Nach einer Agenturmeldung wurden bisher von den vormals feindlichen Staaten an britische Staatsangehörige 70 Millionen Pfund Sterling bezahlt, davon 24 Millionen Pfund Sterling in bar von der deutschen Regierung. Der größte Teil der übrigen 46 Millionen Pfund Sterling entstammt dem liquidierten deutschen Eigentum in England.

WTB Rom, 10. Sept. Giornale d'Italia meldet, der Ministerpräsident sei entschlossen, nicht den geringsten Verstoß gegen die gesetzliche Ordnung zu dulden. Er werde dieses klar ankündigen. Dem Versprechen werde diesmal die Tat folgen. Das Blatt spricht weiter den Wunsch aus, daß die Behörden den Fazismus im Zaume halten mögen und fragt, ebenso wie Corriere delle Serra, ob es denn nötig sei, daß die Fazisten am 20. September in Italien Parade abhalten.

Zur Kölner Herbstmesse.

Um vielfach begegneten Irrtümern entgegenzutreten, sein klargestellt, daß die Vertretung des Messeamtes Köln, Verlagsabteilung, in Händen von Franz Althaus, hierselbst, Frankfurterstraße 2, liegt, während dem Gewerbeverband des Kreises Olpe, hierselbst, Bahnhofstraße 3, eine Auskunftsstelle des Messeamtes Köln übertragen worden ist. Diese Auskunftsstellen sind an allen größeren Orten in die Hände von Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammern usw. gelegt. Diesen Stellen liegt hauptsächlich die kostenlose Aushändigung der Vorausweise ob, die zum verbilligten Besuch der Messe berechtigen. Mit der Einführung dieses Ausweiszwanges ist den Wünschen der Ausstellerfirmen Rechnung getragen worden, daß nur ernsthafte Interessenten und Einkäufer zum Besuche der Messe zugelassen werden mögen und keine „Sehleute".

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion J. V.: P. Hüttemann-Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.

LUHNS Wasch-Extrakt mit dem roten Band ist in 30 Jahren erprobter zweckmässiger Zusammensetzung überall wieder zu haben, wo im Schaufenster sichtbar
Vertreter: Walter Pickhardt Niedersellmar, Telefon 128 (†12520)



Unsern lieben Eltern
Herrn
Theodor Hoberg
und seiner
Frau Eva geb. Nies
zu ihrer
goldenen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche
Ihre dankbaren Kinder.

Zwangs-Versteigerung.

Am Donnerstag, dem 11. September 1924, vorm. 10 Uhr, werde ich in Olpe folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigern:

1 Schreibtisch, 1 Bücherschrank, 1 Sessel, 1 Schreibmaschine Stöber, 3 kl. Drehbänke, 4 Supporte, 1 Motor 4 PS, 1 Bohrmaschine, 1 Shaping, 2 große Drehbänke, 1 Leitspindel-Drehbank, 1 Werkzeugtisch, 3 Schraubstöcke, 1 Metallsäge, 5 Metallriemenscheiben mit Lager, 1 Stange mit 5 Holzriemenscheiben, 1 Adlerschreibmaschine, 1 Continentalschreibmaschine, 1 Büroschrank, 3 Schreibtische, 2 Schreibtischsessel, 1 Rollschere, 1 Fallhammer, 1 Exzenterpresse 28 ts, 1 Exzenterpresse 50 ts, 500 kg Unterlegscheiben, mehrere Fuder Bruchsteine, Splitt und Sand.

Sammelpunkt für Käufer in der Nähe Olperhütte.

Um 2 Uhr in Schönau

1 Kuh und 2 Schweine.

Sammelpunkt für Käufer am Dorfeingang Straße von Wenden.

Olpe, den 9. September 1924.

Rottmann Ober-Gerichtsvollzieher.

Neueste
Damen-Mäntel,
flotte Formen in sparten Stoffen und Farben,
Herren-Paletots,
Herren-Schlüpfer,
Loden-Mäntel,
solide Qualitäten, neueste Formen,
Herren-Anzüge
beste Qualitäten in feinster Ausstattung.
Georg Hessmann Olpe
— — Winterbergstrasse 20. — —

Goldmark-Eröffnungsbilanz (Umstellungs-Bilanz) auf Grund Verordnung 28. 12. 1923.

Beratung, Gutachten, Aufstellung bezw. Entwurf der erforderlichen Bilanzen, Berichte, Protokolle, Anmeldungen usw. durch Ferdinand Beier von der Handelskammer Siegen öffentlich angestellter Bücherrevisor (von dieser auch vorgeschlagen als Schlichter bei dem von der Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern zu errichtenden Schiedsgericht über Goldbilanzstreitfragen. (w192)

Dankende Anerkennung!

Bestätige gern die wohltuende Wirkung des Sozon-Elixier. Schon nach dem Gebrauch der 1. Flasche trat eine merkliche Besserung ein. Vor allen Dingen war die Schlaflosigkeit ganz beseitigt.

Obiges bestätige gern mit bestem Dank
E. Hegenberg, Elberfeld, Bacht.

Das ges. gesch. mehrfach prämiierte
Sozon-Elixier
tausendfach bewährt bei
Schlaflosigkeit, Herz- u Nervenleiden.
Alleinige Hersteller:
Wörishofener Naturheil-Zentrale, Elberfeld.
Zu haben:
Apotheke in Olpe,
Apotheke u. Drogenhandl. Drolshagen,
Drogerie Fritz Beckmann, Grevenbrück

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111
H. u. A. Hauses, Holzgeschäft,
Rüsperweck b Oberhundem i W.

Platina, Gold u. Silber,

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchstem Tageskurs
Otto Scherer, Attendorn,
752) **Wassertor 10.**

Tüchtiger
Vertreter
für den dortigen Bezirk für
Handsä- und Düngerstreumaschinen, Feuerlöscher usw.
gesucht.
Martin Walter, Mi spe i. Westf.

Eingetragen am 5. 9. 1924.
H. R. A. 130: Bei **A. Johs Nickel Kommanditgesellschaft Olpe:** Die Prokura des Robert Adam, Olpe, ist erloschen.
H. R. B. 33: Bei **Gebrüder Adam & Co G. m. b. H, Olpe:** Die Gesamtprokura des Robert und des Heinrich Adam, Olpe, ist erloschen.
Amtsgericht Olpe.

Alleinstehende Witwe 40 Jahre alt, erfahren in Küche und Hausarbeit
sucht baldigst Stellung.
Schriftl. Offerten unter Nr. †2968 an die Geschäftsst. dss. Bls.

Ziege
wegen Futtermangel zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. (2973



Erhalte Donnerstag abend eine Auswahl
Kühe
zum Verkauf. †2970
W Schoppmann,
Linge b. Marienheide.

Ein fast neuer
Damen-Winterhut
zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls. †2975

Suche
für meine Schwester 22 J. alt
Beschäftigung
an einer Postagentur oder in einem Geschäft, und zwar am 1. oder 15. Oktober. Am liebsten im Kreise Olpe oder Meschede.
Anfragen unter Nr. 358 an die Geschäftsst dss. Ztg. (†2954

Versteigerung

Am Montag, dem 15. September, vorm. 10 Uhr, werden in Grevenbrück-Elspe im Hause des Gastwirtes Franz Schade
20000 Zigaretten
öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft. †2971
Altenhundem, den 8. September 1924.
Zollamt
als Vollstreckungsabt.
Weiß †2971

Gewasch. Rheinsand
bis 2, 4, 8 u. 10/15 mm Körnung und Sand für Innenputz liefert ab Menden bei Troisdorf
Rheinkies- u. Sandbaggerei Albert Strunck
Köln, Hülchrathersstr. 1
Fernruf A. 5642.

Schuhmacher-Gehülfe
für sofort gesucht. †2974
Hubert Bruchhagen,
Derschlag.

Für schulentlassene
Hütejungen u Arbeitsburschen
suchen wir jederzeit geeignete Arbeitsstellen' Kath. Männer Fürsorge-Verein, Dortmund, Mühlenstr. 11a.
Anfragen ist für Auslagen 1,— G.-M. beizufügen.

Husten Atemnot Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus
Heiligenstadt (Eichsfeld) O. 1.

Briefpapier
geschmackvoller Ausstattung
Ruegenberg'sche Buchhdlg.
Olpe — Bahnhofstrasse.

Heinr. Schröder
Spielwaren-Grosshandlung
Siegen i. W.



Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute morgen gegen 4½ Uhr sanft und gottergeben unser lieber herzensguter Sohn, Bruder und Enkel

cand. mach.

Johannes Heller

nach kurzem schweren Leiden im blühenden Alter von 23 Jahren, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und versehen mit den Gnadenmitteln unserer heiligen Kirche.

Um ein Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Heinrich Heller
Frau Heinr Heller, Wilhelmine geb. Hennes
Franz Heller
Heinrich Heller
Wwe. Joseph Heller, Josepha geb. Korn.

Olpe, den 9. September 1924.

Das feierliche Levitenamt findet statt am Freitag, dem 12. Sept. morgens 7¼ Uhr, daran anschließend um 7¾ Uhr die Beerdigung.
Mittwoch und Donnerstag abends 8 Uhr wird in der Krankenhauskapelle für den lieben Verstorbenen gebetet.

†

Nachruf.

Der K. V.-Philisterzirkel Olpe und der aktive Ferienverein des K. V. erfüllen hiermit die traurige Pflicht, alle K. V. K. V. von dem unerwarteten Hinscheiden ihres lieben Kartellbruders

cand. mach.

Hans Heller

(Grotenburg-Hannover)

geziemend in Kenntnis zu setzen. Der K. V. verliert in ihm eines seiner treuesten Mitglieder und die Aktivitas einen hochgeschätzten lieben Freund. Sein Andenken wird bei uns fortleben.

Olpe, den 9. September 1924.

K. V. Olpe.
J. A.: **Dr. Brüser.**

Werbedrucksachen liefert Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg.